

3.10NEU3 Global denken, lokal handeln: Für eine faire und friedliche Welt

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

588 Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch
589 in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Während die anderen Parteien zumeist noch im
590 nationalstaatlichen Rahmen denken, haben wir Bündnisgrünen frühzeitig auf die globalen Auswirkungen
591 unserer Lebens- und Wirtschaftsweise aufmerksam gemacht. Die Auseinandersetzung um die neuen
592 Fluchtbewegungen zeigt beispielhaft, welche Auswirkungen dies auf die Politik hat: Während die politische
593 Rechte und auch große Teile der Linken sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Fluchtwege unpassierbar
594 zu machen, konzentrieren wir Bündnisgrüne uns auf die Fluchtursachen. Auf den ersten Blick mag das nach
595 Außen- und Entwicklungspolitik klingen, aber auch Brandenburg kann einen Beitrag dazu leisten, dass die
596 Welt für möglichst alle Menschen friedlich und fair wird. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben. Wir
597 wollen, dass kein Mensch flüchten muss.

598 Zur Beilegung militärischer Krisen beitragen

599 Während sich ausgerechnet die rot-rote Landesregierung über neue Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in
600 Brandenburg freut und die verkappte Militärshow der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) fleißig
601 fördert, wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

602 Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich
603 vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss
604 gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche
605 Mandate geplant oder geführt werden.

606 Wir wollen die Friedensforschung fördern und die gesellschaftliche Debatte über Militärforschung
607 vorantreiben. Die Annahme von Drittmittelprojekten für Militärforschung an Hochschulen und
608 Universitäten soll transparent werden. Hochschulen sollen gefördert werden, wenn sie sich in freiwilligen
609 Selbstverpflichtungen (Zivilklauseln) zum Verzicht auf rüstungsnahe Forschung bekennen. Zur Beratung
610 und unabhängigen Bewertung sind Kommissionen nach dem Vorbild der Ethikkommissionen in der
611 Medizinforschung zu schaffen. Wie bereits in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg
612 eine Friedensakademie gründen. Mit ihr sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen
613 Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll Friedensfachkräfte für die Konfliktprävention und Nachsorge vor
614 Ort ausbilden und qualifizieren, sowie Forschung und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter
615 Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden.
616 Zur Finanzierung können die eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.

617 Als öffentliche Hand nachhaltiges und fair Wirtschaften

618 Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere,
619 aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund
620 von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland
621 exportierten Waffen uvm. Nicht alles davon kann die Brandenburger Politik lösen. Mit weit über drei
622 Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen
623 wichtige Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch,
624 wenn es um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die
625 Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische
626 Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den
627 Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden

628 hierzulande immer noch zu häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines
629 Produktes ausgerichtet.

630 Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und
631 Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu
632 beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten
633 sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der Arbeitsnormen der
634 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz vor Ausbeutung und Verbot von Kinderarbeit
635 gewährleisten oder zur nachhaltigen Bewirtschaftung wie z.B. eine Zertifizierung nach dem "Forest
636 Steward Ship Council" (FSC) vorschreiben. Die Beachtung dieser Kriterien wird auch das
637 Verantwortungsbewusstsein in breiten Bevölkerungskreisen im Sinne von „Global denken, lokal handeln“
638 sehr positiv beeinflussen. Dazu kommen die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc.
639 angelegten Mittel. Im Rahmen einer Divest-Strategie wollen wir diese Mittel von Unternehmen abziehen,
640 die z.B. fossile oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder
641 Saatgut gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen. Alle Brandenburger
642 Behörden sollen zudem mit dem EU-Öko-Audit (EMAS) zertifiziert werden.

643 Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite
644 Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der aktuell von der EU
645 verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA), JEFTA (EU-Japan) und TiSA (weltweites
646 Dienstleistungsabkommen) gelten Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende
647 Handelshemmnisse. Zugleich sollen durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren
648 Unternehmen unnötige und gefährliche Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Im
649 Bundesrat lehnen wir deshalb CETA ab. Die Verhandlungen zu TTIP und dem Dienstleistungsabkommen
650 TiSA wollen wir stoppen und fordern einen Neustart der europäischen Handelspolitik. Wir setzen uns für
651 gerechte Handelsregeln ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise
652 fördern und Beschäftigte und Verbraucher*innen schützen.

653 **Die Eine Welt in Brandenburg**

654 Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben fliehen oder aufgrund
655 wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit emigrieren, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit
656 mit den betroffenen Regionen zur Bekämpfung der Ursachen notwendig. Wir wollen nach dem Vorbild
657 anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
658 Entwicklung mit einer Region eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft aufbauen,
659 aus der viele Menschen emigrieren und/oder flüchten. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft,
660 Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Dabei kann auf etablierte Verbindungen und
661 Vorleistungen aufgebaut und diese fortentwickelt werden. Dabei wollen wir mit den
662 Entwicklungsorganisationen wie die Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das
663 entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg einbinden, auch um neue Verbindungen für den
664 Fairen Handel und die Eine-Welt-Läden herzustellen. Ziele wären z.B. eine industriepolitische
665 Zusammenarbeit zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des
666 Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für
667 nachhaltige Entwicklung (HNE) Eberswalde, des Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung
668 Müncheberg (ZALF) und dem Deutschen Institut für Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.